

Dieses Blatt  
erscheint täglich  
Abends und ist  
durch alle Post-  
anstalten des In-  
und Auslandes zu  
beziehen.

# Dresdner Journal,

Dreis für  
das Vierteljahr  
1¼ Thlr.  
Insertionsgebüh-  
ren für den Raum  
einer gespaltenen  
Seite 12 Pf.

## Herold für sächsische und deutsche Interessen.

Redigirt von **Karl Biedermann.**

**Inhalt.** Die Frage über das Einkammersystem in der zweiten Kammer. — Die definitive Präsidentenwahl der Nationalversammlung. — Verhandlungen der Stadtverordneten in Dresden. — Tagesgeschichte: Dresden: Erklärung; die medizinischen Studenten Leipzigs. Zschopau: Brandstiftung. Berlin. Flensburg. Frankfurt. Aus dem Babilischen. Prag. Lombardien. Neapel. Paris. — Landwirtschaftliche: Einige Vorschläge über verbesserte Anlegung des Elbflusses, sowie Reinigung und Vertiefung desselben, mit Hinsicht auf die Bodenkultur von Dresden bis Meissen. — Feuilleton. — Eingefendetes. — Geschäftskalender. — Ortskalender. — Angekommene Reisende.

### Die Frage über das Einkammersystem in der zweiten Kammer.

Eine konstitutionelle Prinzipfrage ist früher, als Manche erwarteten, zur Erörterung in der Kammer gekommen. Das Ministerium hat in Bezug auf den Punkt des Adressentwurfs, welcher das Einkammersystem betraf, eine entschiedene und entscheidende Diskussion hervorgerufen, und es hat die Majorität der Kammer in Abwerfung des Deputationsantrages für sich gehabt. Es ist erklärlich, daß durch dieses Resultat die äußerste Linke sich betroffen fühlt, erklärlich, daß sie in ihrem Hauptorgane, den Vaterlandsblättern, in diesem Sinne sich äußert; aber minder erklärlich, daß sie in diesem Kampfe mit Waffen sichts, deren Spitzen sich nur zu leicht gegen sie selbst kehren.

Eine Korrespondenz aus Dresden in Nr. 60 der Vaterlandsblätter — mit beliebigen Verdächtigungen beginnend, indem sie in dem Ausgang der Adressdebatte „Veranlassung zu Vermuthungen“ erblickt, „die auf unsere Regierung selbst nicht das günstigste Licht werfen“ — findet den Zusammenhang unbegreiflich, da auf der einen Seite das Ministerium erkläre, es erwäge diese Frage und werde sie auch noch ferner in Erörterung ziehen (eine Erklärung, die Minister Dr. Braun in edler Konsequenz auch nach Abwerfung der ganzen Adresse wiederholte) und auf der andern Seite die Aufnahme derselben als Wunsch in die Adresse bekämpfe. Und dieses Urtheil wird von derselben politischen Partei gefällt, von welcher vor Eröffnung des sächsischen Landtags sowohl als noch jetzt allenthalben und mit Recht darauf gedrungen wird, keine wesentliche Verfassungsänderung in den einzelnen Staaten vorzunehmen, bevor nicht das gesammte deutsche Staatswesen auf Grund der Beschlüsse der Nationalversammlung geordnet sei? Aber die Minister „sind ja dem offenen Ausdruck eines längst bekannten Volkswunsches entgegengetreten!“ Wie nun, wenn sie gerade deshalb jenem Adressparagrafen sich entgegensetzten, weil sie die wahren Wünsche des wahren Volks nach reiflicher Erwägung, und nachdem das deutsche Volk durch seine Abgeordneten in Frankfurt gleichfalls seine Wünsche kund gegeben, an sich gebracht wissen wollten? Heißt es nicht, ein Spiel mit dem großen, gewichtigen Namen eines Volkswunsches treiben, wenn man hier etwas kraft dieses Namens sofort durchgesetzt verlangt, was einen andern, wohl noch etwas zweifelsofern, Volkswunsch — den, durch die Nationalversammlung das deutsche Verfassungswerk ins

Leben gerichtet, die Entscheidung der Majorität zu Frankfurt als das Ultimatum des deutschen Volkswillens angesehen zu wissen — schlechthin durchkreuzen kann? Scheint es nicht, als segele man bald mit der Flagge: Volkswille, bald lavire man und sage: es sei der rechte Wind erst aus Frankfurt zu erwarten, nur um desto sicherer dem Ziel des Parteiwillens zuzusteuern?

Und was hätte bei einer entscheidenden Abstimmung über diese Frage nicht selbst dann auf dem Spiele gestanden, wenn die Regierung für das Einkammersystem gewesen wäre? War die Majorität so sicher? Und war mit dieser Majorität, bei einem, dem ganzen Verfassungswerke so vorgreifenden Beschlusse, ein so sicherer Grundstein für dessen Aufbau gelegt? — Das Ministerium hat unstreitig für das Wohl des Ganzen viel angemessener gehandelt, diese Prinzipfrage nicht durch antizipirte Entscheidung zum frühreifen Zankapfel der Parteien zu machen, sondern ihre Lösung eine Frucht des großen deutschen Verfassungswerkes werden zu lassen; es hat, — weit entfernt, sich, wie der Korrespondent der Vaterlandsblätter meint, „eine Schlappe“ zugezogen zu haben — vielmehr seine Stellung zu uns mit der Majorität der zweiten Kammer befestigt, und die Opposition der äußersten Linken in ihrer Minorität ist nur ein Beleg dafür, daß der besonnene Liberalismus, das Prinzip des Ministeriums, unfehlbar in der Majorität ist.

### Die definitive Präsidentenwahl der Nationalversammlung.

Frankfurt, 31. Mai.

Die Nationalversammlung hat sich nun definitiv konstituiert, indem sie nach der neuen Geschäftsordnung (welche vorgestern ohne Debatte in Hauss und Bogen angenommen ward) sich definitiv — jedoch nur auf 4 Wochen — einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten gewählt. Die Wahl des Präsidenten war nicht zweifelhaft — zwar hieß es einmal, die Rechte gehe damit um, einen andern Kandidaten an Gagern's Statt aufzustellen, und man nannte als solchen den Grafen Arnim, aber sei es, daß Dies nur ein leeres Gerücht gewesen, oder daß die Rechte sich von der gänzlichen Erfolglosigkeit dieser Bemühung überzeugt — bei der heutigen Wahl stimmte sie einhellig mit den Zentren und dem größten Theile der Linken für Gagern, und von v. Arnim war nicht die Rede. Das Resultat der Wahl war folgendes: Zahl der Wählenden 513, absolute Mehrheit 257, für Heinrich Gagern 494, Blum 12, Soiron 5, Bis 1, Scheller 1.

Gagern war sichtlich tief bewegt; er dankte der Versammlung in wenigen kräftigen Worten, wobei er zugleich erklärte, daß von jetzt an seine Kräfte und seine Stellung ausschließlich der Versamm-



6) Die Wahl eines Stadtrathsmitgliedes an die Stelle des Herrn Baudisch führt bei 48 Abstimmenden zu keinem Resultate, da nur 18 Stimmen auf Stadtv. Walther, 15 auf den Seifensiedermeister Moriz Wiesner sen., 6 auf den Stadtv. Bromme, 5 auf Baumeister Günther zc. gefallen waren.

Stadtv. Bromme bittet, die ihm zugedachten Stimmen auf Stadtv. Walther zu übertragen, welcher jedoch das Kollegium ersucht, die Wahl auf einen andern Kandidaten zu lenken, indem er im Falle sein würde, die Wahl entschieden abzulehnen.

Stadtv. Hirschold kann sich jedoch bei dieser bloßen Erklärung nicht beruhigen, wenn Stadtv. Walther nicht die nähern Gründe seiner Ablehnung angebe; denn wenn Jemand auf dem Felde der öffentlichen Wirksamkeit so tapfer sich gehalten habe, wie Stadtv. Walther, so sei er Derjenige, welcher für das Interesse der Kommune am besten zu wirken verspreche.

Stadtv. Walther. Er wolle den Einwand des Stadtv. Hirschold nicht unbedingt verwerfen, und glaube, schuldig zu sein, seine Beweggründe in der Kürze darzulegen. Daß er keineswegs gesonnen sei, das Vertrauen von der Hand zu weisen, vermöge dessen ihm vielleicht noch ein größerer Geschäftskreis zugewiesen würde, als bisher der Fall gewesen, darauf könne man sich verlassen. Er glaube, ohne unbescheiden zu sein, sich in der Stellung als Stadtverordneter redlich bemüht zu haben, seine Pflicht nach Kräften zu erfüllen, was er auch in einer neuen Stellung zu thun suchen werde. Es seien aber andere Gründe, die ihn bewögen, es sei seine geschäftliche Stellung, er wolle es geradegu sagen, als Dorfzeitungsschreiber. Hier in diesem Saale, welcher vom Lichte der Öffentlichkeit beschienen werde, sei ihm wohl, er könne sich hier frei bewegen und ein Urtheil über die Verhandlungen fällen, ohne daß ihn Jemand hemme. Im Stadtrathskollegium sei es anders und er würde in mancherlei Verlegenheiten kommen, so lange die Geschäftsverwaltung dort in der Weise, wie seither, fortbauere. Er glaube, daß sich seine Stellung mit diesen amtlichen Formen nicht ganz vertrage, wenn sie sich auch mit seinem Gewissen vertragen würde, und deshalb ersuche er die Versammlung, von seiner Erwählung abzusehen zc.

Stadtv. Bromme trägt darauf an, „daß die Wahl bis zur nächsten Sitzung verschoben werde,“ weil man nun in Verlegenheit sei, wem man seine Stimme geben solle, welcher Antrag hinreichende Unterstützung und einstimmige Annahme findet.

7) Stadtv. Bromme. Es sei in den letzten Monaten und Wochen vielfach darüber geklagt worden, daß Handel und Gewerbe hier in Dresden darnieder liege, und man habe sich damit beschäftigt, Dem abzuhelfen; man habe geklagt, daß ein großer Theil der Fremden, die ihr Geld hier verzehren, Dresden verlassen habe, und daß immer weniger hierher kommen. Die einzige Nation, die noch immer am zahlreichsten hier vertreten sei und das meiste Geld in Umlauf setze, seien die Polen. Es sei aber neuerdings ganz gegen das Interesse der hiesigen Bevölkerung ein Theil derselben ausgewiesen worden, und man habe gehört, daß ein anderer Theil ausgewiesen werden solle. Darauf hin hätten einige Freunde der Polen versucht, den Herrn Polizeipräsidenten zur Zurücknahme dieser Maßregel zu bewegen, derselbe habe sich aber auf die Verordnung des Ministeriums des Innern berufen. Das Ministerium des Innern habe aber am 27. Mai die am 15. erlassene Verordnung dahin erläutert, daß nur solche Polen ausgewiesen werden sollten, deren Subsistenzmittel nicht hinreichten oder deren Papiere nicht in Ordnung wären; habe jedoch den Zusatz gemacht, daß die Polizei bei Prüfung der Legitimationen nicht allzu kritisch verfahren solle. Es wäre nun zu hoffen gewesen, daß man diejenigen Polen, die ruhig ihr Geld hier verzehren, in Ruhe gelassen hätte. Nichts desto weniger sei ihm aber versichert worden, daß in diesen Tagen, gestern oder heute, wieder von neuem Polen ausgewiesen worden seien. Namentlich sei ihm ein Fall bekannt geworden, wo ein Pole, der die nöthigen Subsistenzmittel nachgewiesen und ein ärztliches Zeugniß beigebracht habe, trotzdem ausgewiesen worden sei. Keine Nation halte unter sich so zusammen, wie die Polen, und eine Beleidigung, die Einem widerfährt, werde von der ganzen Nation getheilt. Bis jetzt hätten die Polen vorzugsweise in Dresden gelebt und enorme Summen in Umlauf gesetzt, die der gewerbetreibenden Klasse zu Gute kämen. Jetzt stoße man die ganze Nation vor den Kopf und vernichte die Gastfreundschaft aus Rücksichten, die man noch nicht habe erfahren

können. Das Ministerium des Innern habe die Maßregel bloß auf einen bestimmten Fall beschränkt, dieser liege aber hier nicht vor. Seien es Rücksichten auf die Wünsche eines fremden Gesandten, so müsse er wünschen, daß unsere Polizei sich die Unabhängigkeit von fremdem Einflusse bewahre und das Recht der Gastfreundschaft im Auge behalte. Er wolle sich daher den Antrag zu stellen erlauben: „daß der Stadtrath ersucht werde, die Polizeideputazion dahin anzuweisen, daß sie den Vorschriften des Ministeriums des Innern (der Verordnung vom 27. Mai) hinsichtlich der Polenausweisung nachkomme.“

Stadtv. Harsch erwidert, daß Stadtv. Bromme wohl Das vorgetragen habe, was er aus Hörensagen wisse. Er könne zwar den angeführten speziellen Fall nicht widerlegen, allein als Deputirter bei der Polizeideputazion versichern, daß wohl 70 Polen hier gewesen, welche die nöthigen Subsistenzmittel nicht gehabt hätten. Daß die möglichsten Rücksichten genommen würden, davon lägen hundert Beispiele vor. Uebrigens, glaube er, sei die Humanität des Polizeipräsidenten v. Duppel gewiß bekannt genug, daß er nicht unbillig verfahren werde, besonders wenn er eine solche Weisung, wie Stadtv. Bromme anführe, haben sollte. Er könne nicht gut heißen, daß man Alles auf die schlimme Seite auslege und immer gleich geheime Ordres, oder wer weiß was in Anregung bringe. Der Polizeidirektor werde sich nicht nach dem Gesandten, sondern nach dem Ministerialbefehl richten. — Er wisse nicht, ob auf ein bloßes Gerücht hin das Kollegium sich bestimmen könnte, hier einzuschreiten; Das scheine zu weit zu gehen.

Stadtv. Bromme. Er habe nicht von geheimen Ordres gesprochen, sondern nur von Rücksichten auf die Wünsche eines fremden Gesandten; ob dieselben im genannten Falle obwalteten, wisse er nicht. Gewiß sei aber, daß diese Maßregel im eklatantesten Widerspruch mit der am 27. Mai Nachmittags vom Ministerium des Innern erlassenen Verordnung stehe, wovon er selbst eine buchstäbliche Abschrift in den Händen habe, welche dahin laute, daß bei Prüfung der Legitimationspapiere nicht zu kritisch verfahren werden solle. Wenn aber trotz dieser Verordnung dennoch wieder Polen ausgewiesen worden, welche die nöthigen Subsistenzmittel nachgewiesen hätten, so sei Das wohl ein Grund zu einer Intervention, die er von Seiten der Stadtverordneten beantragt habe. Er glaube, daß sein Antrag der Stadt zum Vortheil und nicht zum Nachtheil sei, und daß man den Ausländern zeigen müsse, daß man hier die Pflichten der Gastfreundschaft zu schätzen wisse.

Stadtv. Dr. Schulze. Es handle sich hier um Thatsachen. Es seien viele Polen ausgewiesen worden und besonders zwei mit ärztlichen Zeugnissen vom Hofrath Dr. Hebenus. Stadtv. Harsch habe gesagt, daß sie ohne Subsistenzmittel hier gewesen wären; allein weder Harsch, noch sonst Jemand habe denselben etwas gegeben, und sie hätten Alles bis zum letzten Pfennig bezahlt. Ueberhaupt werde hier gänzlich dem Willen des Ministeriums entgegen gehandelt. Diese Handlungsweise habe entschieden russischen Beigeschmack. Als

Stadtv. Hirschold sich noch für die mildere Auslegung dieser Polizeimaßregel erklärt hatte, wird der Bromme'sche Antrag einstimmig angenommen, und nachdem

Stadtv. Harsch erklärt hatte, daß er nur deshalb dafür gestimmt habe, damit Gelegenheit gegeben werde, sich darüber zu verantworten, wird die öffentliche Sitzung nach ¼9 Uhr Abends geschlossen und noch zu einer geheimen übergegangen.

### Tagesgeschichte.

Dresden. Die Leipziger Zeitung vom 1. Juni enthält folgende Anzeige. Indem ich den Wahlmännern im IV. Bezirke, welche mich zum Nationalvertreter in Frankfurt erwählt haben, für das mir hierdurch bewiesene Vertrauen schuldigst danke, erkläre ich zugleich die Annahme dieser mir ehrenvollen Wahl mit dem Bemerken, daß ich ihr, wenn auch jetzt durch dringende Berufsgeschäfte verhindert, doch später Folge zu leisten mich in den Stand gesetzt sehe. Dresden, den 28. Mai 1848. Dr. Braun.

Dresden, 3. Juni. Die medizinischen Studenten Leipzigs haben das Bewußtsein, daß eine Aenderung in dem klinischen Unterrichtswesen der Universität eintreten müsse, wenn nicht der schon längst untergrabene Ruf der medizinischen Fakultät Leipzigs für immer

Schiffbruch leiden solle, längst gefühlt, und endlich sich entschlossen, ihrerseits dringende Vorstellungen gegen den Fortbestand der Clarus'schen Klinik zu machen. Zu diesem Behufe ist eine Deputazion derselben bei dem Kultusminister gewesen und hat ihre Wünsche daselbst vorgebracht. Hoffentlich wird man sich bei dieser Lebensfrage der Universität, welche in dieser Beziehung so weit hinter ihrer Zeit zurückgeblieben ist, entschließen, das Beispiel Frankreichs und anderer Länder nachzuahmen und einen öffentlichen Konkurs vor einer Juri von praktischen Aerzten, die allein über die Befähigung eines klinischen Lehrers entscheiden können, eröffnen. Die Zahl der wirklich befähigten klinischen Lehrer ist sehr gering, und keinesfalls genügt es, ein tüchtiger Diagnostiker oder Praktiker zu sein, sondern nur im Verein beider Richtungen liegt das wahre Heil für die Schule und das Leben.

**△ Zschopau, 30. Mai.** Als die am 25. Abends verübte Brandstiftung gemeldet wurde, hatten wir die Hoffnung auf Ermittlung des oder der Thäter. Leider hat sich Sicheres noch nicht herausgestellt, so viel auch Uebereinstimmendes gedacht und gesprochen wird. Unser Ort ist über die That ebenso, als über die noch nicht zu erreichende Gewißheit in der fieberhaftesten Spannung; denn wer die Umstände und Mühen sieht, die es einem außerhalb Wohnenden machen mußte, der muß erstaunen! — Unter jetzigen Umständen aber, — wir dürfen Das nicht bergen — wäre es ein ganz besonderes hohes Verdienst der resp. untersuchenden Behörde, für die Stadt, die Wahrheit zu Tage zu fördern. Wir sind von dem besten Willen, der Einsicht und Thätigkeit derselben überzeugt und erwarten, daß jeder kleine Verdacht, jede auch noch so geringe zukommende Nachricht u. d. d. aufgefaßt und derselben nachgegangen werde. Die Bewohnerschaft selbst aber mag und wolle sich verpflichtet halten, nicht feig zu sein; sind wir es doch uns selbst und unserer übrigen Bürgerschaft schuldig, insofern wir es für eine Schande erachten, ein Glied voll solcher Bosheit und reiner Schadenfreude — ohne alle Rücksicht auf das furchtbare Unglück, was dabei in Aussicht stand, unter uns zu besitzen. Unser Gefühl sträubt sich dagegen, Das zu glauben!\*) Die hohe und höchste Behörde selbst würde in diesem Falle, zu jeziger Zeit gewiß wohl thun, selbst mit zu helfen und unserm allgemeinsten dringlichsten Wunsche beizuspringen!

**Berlin, 1. Juni.** Trotz aller gestrigen und heutigen Aufregung, welche durch die verschiedensten ganz aus der Luft gegriffenen Gerüchte genährt wurde, ist die Ruhe der Stadt durch keinen Erzeß gestört. Bürgerwehr und Volk bewiesen die größte Einigkeit, alle Debatten der Straßenversammlungen und Vereine drehten sich um das Verlangen, eine vollkommener Ausdehnung der Volksbewaffnung zu bekommen. Ganz wie in Frankfurt, so wird auch hier die Linke der Nationalversammlung von der Majorität der Rechten tyrannisiert, und es haben deshalb schon Beratungen der Linken stattgefunden, worin einige Deputirte sogar den Vorschlag äußerten, ihr Mandat in die Hände ihrer Wähler zurückzugeben. Dem wollte man jedoch noch nicht beitreten.

— **2. Juni.** Bei einer Versammlung der Bürgerwehrtabattillone wurde darüber abgestimmt, ob General Aschoff ferner als Kommandant der Bürgerwehr das allgemeine Vertrauen besitze; die Abstimmung fiel gegen ihn aus.

**Flensburg, 29. Mai.** Während nur von Friedensunterhandlungen mit Bestimmtheit die Rede ist, beginnen an mehreren Orten wieder die Angriffe der Dänen, welche vom befohlenen Rückzuge der deutschen Truppen zu wissen scheinen und denselben zu plötzlichen Ueberfällen benutzen. Sundewitt wurde von Kriegsdampfschiffen und Kanonenböten mit Beschießen gedroht, wenn nicht das Aufziehen des Danebrog erfolgte, was jedoch unterblieb. An andern Stellen landeten gestern gegen 6000 Dänen, und griffen die abmarschirenden Truppen (Mecklenburger) an; ein zweites Treffen fand bei Düppel statt. Gegen 5000 Dänen standen nur 1500 der Unsrigen gegenüber, welche nach hartnäckiger Gegenwehr ihre Stellung auf-

\*) Es soll nach Angabe des jungen Geschäftsbefizers, der übrigens affektirt hat, mehr als für 2000 Thaler Waare verbrannt sein, und doch der eigentliche Feuerherd kaum einen größeren Raum, als 12 — 15 Quadratellen einnehmen, da ja auch glücklicherweise der Brand noch nicht zur vollen Perfektion gekommen und die Stube trotz des großen Waarenbrandes in der Höhe und Seite auch nicht weiter in flammte war.

geben mußten. Dagegen wird heute gemeldet, daß die Dänen von Aßen und Golding aus vorrückten, aber von den deutschen Truppen nach heißem Zusammentreffen geworfen wurden. Wrangel ist in Flensburg eingetroffen. Hadersleben und Christiansfeld ist schon von Dänen besetzt. Die Stimmung der Einwohner ist sehr trübe, und bei den Deutschgesinnten in Hadersleben und auch in Apenrade fast verzweifelnd. Wer kann, der flüchtet von Hadersleben, um sich vor den Dänen und ihren zu befürchtenden Maßnahmen sicher zu stellen. Vierzig flüchtende Familien sind schon von dort in Apenrade eingetroffen. Ein solches Ende des siegreich begonnenen Krieges, ein solch schugloses Preisgeben der deutschen Nationalität gegen die dänische Willkür hat man nicht erwartet. Die dänischen Blätter reden in einer übermüthigen Sprache und stützen sich offen auf Rußlands und Schwedens Beistand.

**Frankfurt, 31. Mai.** Der in voriger Sitzung gewählte Ausschuss zur Prüfung völkerrechtlicher und internationaler Fragen besteht aus den Abgeordneten Heckscher, Jaup, v. Raumer aus Berlin, Es-march, Schubert aus Königsberg, Zacharia, Burm, Servinus, Cucumus, v. Wypdenbruck, Stenzel, Schufelka, Aendt, Gombart, Höfken. In den Marineauschuss sind unter andern Ross aus Hamburg, die drei Triester Deputirten, Kerst aus Posen, Sevekoht aus Bremen, v. Radowiz gewählt, Vorstand ist v. Bruck aus Triest.

**Aus dem Badischen, 28. Mai.** Die Untersuchung wegen des letzten republikanischen Aufstandes bildet eine sehr ausgedehnte und verzweigte Arbeit für die mit derselben beauftragten Gerichtspersonen. Es soll sich indessen auf eine unzweideutige Weise herausstellen, daß sehr viele der Verhafteten nicht bedeutend kompromittirt sind und dieselben auf keinen Fall große Freiheitsstrafen treffen werden. Die Frage über Begnadigung eines Theils der Verhafteten soll schon einige Mal beim Staatsrathe in Erörterung gebracht worden sein, allein es scheint schwer zu sein, hier eine gewisse Grenze zu finden. (Fr. J.)

**Prag, 31. Mai.** Das provisorische Regierungskomitee ist durch den Graf Wurmbrand und den Fabrikant Herzog kompletirt. Die Versammlungen der Slaven, wozu sehr zahlreiche Theilnehmer eingetroffen sind, werden morgen in dem Saal der Sophieninsel eröffnet werden. Drei nach dem Sprachunterschiede gesonderte Bureaux stehen zur Einzeichnung der Theilnehmer offen.

**Lombardei.** Die Stadt Vicenza hat einen Angriff des Nugent'schen Korps unter Thurn, auf seinem Vereinigungsmarsche mit Radetzki, zurückgeschlagen; jetzt ist Durando mit den päpstlichen Truppen in Vicenza eingerückt. Peschiera wird fortwährend beschossen. Von Radetzki erwartet man jetzt offensive Kriegsoperation.

**Neapel.** Ueber Paris geht die Nachricht ein, daß der Admiral Baudin als Entschädigung für die Verluste der Franzosen bei der Kontrerevolution 2 Millionen verlangt und vom König bewilligt erhalten habe. (?) Die Gesandten von England und Rußland, (nach Andern von Oesterreich) sollen bei der blutigen Katastrophe sich als Rathgeber des Königs bethätigt haben. Auch die nach Venedig abgefandte Flotte hat eine Zurückberufung erhalten. Der Kalabrese Romeo befindet sich am Bord des französischen Schiffes Friedland.

— Die französische Flotte ist am 21. Mai von Neapel abgefegelt. Sie hatte ihre neutrale Stellung keinen Augenblick verlassen. Der König hatte es übrigens für rathsam erachtet, zwei Franzosen, welche bei den Ereignissen am 15. Verluste erlitten, zu entschädigen. Den Truppen hat der König zur Belohnung einen Monatssold geschenkt. Die Zahl der Todten geben italienische Blätter, angeblich nach zuverlässigen Mittheilungen, zu 1242 an, worunter 800 Soldaten, die der Verwundeten zu 450. Verhaftet sind 600 Personen worden, von denen 37 am Tage nach dem Aufstand erschossen wurden, die übrigen bis auf 7 wurden entlassen. — Die frühern Minister hatten sich auch an Bord der französischen Flotte geflüchtet. Unter den Todten sind Michael Biskuso (der neapolitanische Ciceroachio), Santilli und der General Florestan Pepe, der Befehlshaber der Nationalgarde. Gabriel Pepe ist gefangen. Von diesen Allen ist der General Pepe in Bologna zu unterschreiben, der, wie bereits gemeldet, die neapolitanischen Truppen in Bologna nicht nach Neapel, sondern nach der Lombardei führen wird. (N. C.)

**Paris, 29. Mai.** Paris und vorzüglich die Umgebungen des Nationalpalastes waren heute wieder durch Besetzung der Nationalgarde und des Militärs gesichert. In der Sitzung der Nationalver-

sammlung geschah eine Interpellation wegen der mysteriösen Entfernung des Direktors der Nationalwerkstätten, Thomas, an den Minister der öffentlichen Arbeiten, Trelet. Herr Trelet eröffnete, daß er nicht mit Gewißheit die Anzahl der Arbeiter habe erfahren können, die Angabe derselben habe immer ohne Belege für die Richtigkeit zwischen 80,000 und 120,000 variiert; nach dieser unbewiesenen Zahlenangabe hätten also die Gelder gezahlt werden müssen; dieses Auslage-system der Finanzen ohne effektiven Arbeitsnutzen für den Staat hätte nicht fort-dauern können und Herrn Thomas' freiwillige Demission sei nothwendig gewesen. Diese Erklärung ward mit allgemeiner Befriedigung entgegen genommen. Die belgische Regierung hat die französische Republik offiziell anerkannt.

### Landwirthschaftliches.

#### Einige Vorschläge über verbesserte Anlegung des Elb-flußbettes, sowie Reinigung und Vertiefung desselben, mit Rücksicht auf die Bodenkultur von Dresden bis Meissen.

Die reizende Lage der Weingegend ohnweit des Marktfleckens Kötzschenbroda, welche in kurzer Entfernung von einander zwei An-haltspunkte an der Leipzig-Dresdner Eisenbahnstraße zählt, die nahe vorbeiführende Chaussee von Dresden nach Meissen, endlich auch die während des Sommers neuerdings getroffene Einrichtung, daß täglich ein Dampfschiff Personen und Gepäck von Dresden nach Meissen und zurück einige Male befördert, welches man auch zum Ab- und Ein-steigen in Kötzschenbroda benutzen kann: diese Vorzüge zusammen haben in den letzten Jahren eine Frequenz jener Gegend nicht bloß von Naturfreunden erzeugt, welche für den vaterländischen Verkehr leicht eine Quelle zu Hebung seiner Interessen bieten würde, wenn man einem Gegenstande die gehörige Würdigung schenkte, welcher für Sachsen von größter Wichtigkeit ist. Es betrifft derselbe die Kor-rektion des versandeten Elbflußbettes, und enthielt schon die Leipziger Zeitung Nr. 22 eine aus Dresden vom 20. Januar 1842 gelieferte ge-naue Ansicht über die Regulirung und die obwaltenden Schwierig-keiten des Uferbaues an der Elbe. So schwierig die Aufgabe und so bedeutend der Kostenaufwand für die angegebene Strecke der 155 Meilen des Elbstromes, welcher unter Anderm 5 Städte ersten Ranges und 45 Städte zweiten Ranges, sowie 7 Festungen berührt, sein möge, so darf man doch nicht vergessen, daß ein schöner und frucht-barster Theil unsers Vaterlandes, welcher jetzt den häufigen Ueber-schwemmungen ausgesetzt ist, dadurch gewonnen wird, und die Boden-kultur einen viel wichtigern Gewinn verspricht, da gerade diesem In-dustriezweige seit Entstehung der Eisenbahnen so bedeutend viel Land entzogen worden ist.

Hierbei erlaubt man sich, auf den Umstand zurückzukommen, daß die Landwirthschaften, wie Dies in vielen Gegenden noch zu ver-mißen, in Zusammenlegung der Grundstücke möglichst gefördert wür-den. Einjender Dieses beschränkt sich jetzt mit seinen Vorschlägen auf eine kleine Strecke des Elbflußbettes, nämlich von Meissen bis über die Brücke Dresdens, für welche der Kostenaufwand auf eine Million Thaler veranschlagt worden ist, — obschon dieser Kostenaufwand wegen der zu Gebote stehenden Maschinen und neuern Erfindungen sich recht wohl vermindern würde, wenn man selbst vergessen wollte, wie viele müßige Arbeiterkräfte hier zu verwenden sind. Betrachtet man das versandete, fehlerhaft angelegte Flußbett mit seinen unnatür-lichen Krümmungen, welche dem Wasser besonders bei Eisfahrten keinen gehörigen Abzug lassen und selbst bei kleinem Wasserstande Schaden verursachen müßte, ferner die größern Heger, die sich in der Mitte des Strombettes gebildet haben, sowie in Dresden selbst die engen Bogen der alten Brücke, welche den Abfluß des Wassers in der obern Gegend hemmen und eine Stauchung herbeiführen, so wird ein Jeder selbst auf den Gedanken geführt, was hier zu Verbesserung dieser Uebelstände im Einzelnen zu thun, und zugleich was für Entwicklung und Hebung der vaterländischen Elbschiffahrt zu erwarten ist. Eine möglichst broachtete Geradeführung der Linie des Flußbettes würde ebenso wünschenswerth sein, als daß die entstandenen Heger in der Mitte des Stromes weggeräumt, ingleichen die Pfeiler der alten

Dresdner Brücke in weitere Spannung hergestellt würden, und zwar in der Maße, als die der neuen Brücke angelegt werden. So würde man sich der Möglichkeit nähern, den Elbstrom durch diese kostbare Gegend so zu leiten, daß derselbe auch bei den größten Eisfahrten nicht aus den Ufern treten kann. — Möchten daher die ökonomischen Ver-eine und jeder gemeinnützige Patriot den Vorschlag, den ein Laie aus jener Gegend niederzuschreiben sich bewogen fand, zum Wohle unsers theuern Vaterlandes gründlich erörtern und nach Befinden unter-stützen, zugleich aber der Andeutung sich anschließen, inwiefern sich in merkantilischer Hinsicht für die Folge ein großer Gewinn versprechen lasse, wenn die richtige Anlegung und Vertiefung des Flußbettes dahin führte, daß auch die größten Schiffe Frachtgüter zwischen den größern Handelsstädten spediren könnten. □

### Feuilleton.

\* Die Regierung in Wien würde jetzt nur dadurch noch zu Rettung und Heil führen können, wenn ein Minister und Diktator, freisinnig, volksthümlich, ehrlich und energisch sich auf die akademische Legion und die Nationalgarde stützte, und Kraft genug hätte, eine radikale Reform der Staatsverwaltung in Wahrheit vorzunehmen und alle Spur des alten Systems zu vertilgen. Aber hierzu fehlt der rechte Mann.

Verantwortliche Redaktion: Professor Karl Biedermann.  
In dessen Stellvertretung: Professor Dr. S. Schletter.

### Eingesendetes.

#### Ueber die geforderten und vorgeschlagenen Mittel zur Hilfe für die Staatskasse.

Allerdings ist leider zu glauben, daß wenig baar Geld in der Staatskasse vorhanden ist, als Folge der seiner Zeit so sehr gerühm-ten alten Finanzkunst, die nur eine Fortsetzung war des alten Systems vor der Konstitution, in die geheime Finanzkammer Steuerscheine zu legen und sich durch die vom Obersteuerkollegium verwalteten, von den alten Ständen verwilligten Steuern des Landes verzinsen zu las-sen. Diese Anhäufung von Staatsschuldenscheinen und Landrentenbriefen vermehrte sich noch durch die Zärtlichkeit für die höhern Grund-besitzer, ihnen die für die so reichliche Ablösung der Steuerfreiheit und der Feudallasten kreirten und ertheilten Staatsschuldenscheine und Land-rentenbriefe gegen baares Geld umzutauschen. Den Schluß solcher Anhäufung machte das 4prozentige Anlehen, wo man 3prozentige Staatspapiere, welche 6 — 8 Prozent weniger galten, zur Hälfte für voll annahm!\*)

Ist nun aber das Bedürfniß der Staatskasse wirklich da, so kann man den Aufruf des Dresdner deutschen Vereins zu freiwilligen Steuer-vorschüssen nur lobenswerth finden und ist ihm nur viel Erfolg zu wünschen. Besser noch wäre es, denselben auf 1 — 5 Prozent der Einkommen derjenigen auszudehnen, deren Einnahmen jetzt noch flie-send sind, oder die zufällig eine baare Reserve haben. Wünschens-werth und fördernder wäre es noch, die Aufrufer wären mit der That durch Subskriptionslisten voran geschritten, knüpften aber ander-erseits auch daran den Antrag an die Regierung, mit gewaltsamer Ein-treibung der jetzigen Vorauszahlung auf drittes und viertes Quartal die Vielen zu verschonen, welche kaum wissen, wie sie den einfachen Termin beschaffen sollen. Dies trifft vorzüglich fast alle große und kleine Gewerbetreibende, wie einstimmig bekannt und von den verschie-

\*) Nach Abfassung dieses Aufsatzes las ich die Erklärung des vori-gen Finanzministers, die sich nicht ausspricht, ob er gleiche oder ähnliche außerordentliche Maßregeln ergriffen haben würde, im Ganzen aber obige Annahme bestätigt. Indes scheint ein Baarvorrath von zirka 3 Mill. Thaler Mitte März bei einem Jahresbudget von nicht viel über 5 Mill. immer noch ein solcher, daß man nicht zu so schnellen und drückenden Maßregeln zu greifen brauchte, da im Mai ohnedem viele Steuern fällig waren, auch die Leipziger Messe starke Zolleinnahme bringen muß, auch zu Darlehen zu greifen wäre, besonders zu Schatzkammerscheinen als verzinsliches Papiergeld.





In meinem Verlage erschien soeben:

## Joseph Haydn's sämtliche Quartette

für 2 Violinen, Viola und Violoncello in Stimmen.

Neue Ausgabe. **Hest 4.** Subscriptionspreis 1 Thlr.  
(Alle Musikalienhandlungen nehmen darauf Subscription an.)

**Wilhelm Paul.**

Der unterzeichnete Verein hat sich die Vermittelung lohnender Beschäftigung für arbeitslose Weber zur Aufgabe seines Strebens gestellt.

Für diesen Zweck sind uns bisher

die **Baarenbestellungen unter A. und**  
die **Unterstützungen unter B.**

zugegangen.

Außer den Webern, denen die Fertigung der Leinwaaren aufgetragen wurde, sind bisher nach und nach zu landwirthschaftlichen Arbeiten angestellt worden:

- 15 Mann beim Herrn Rittmeister von Rostitz auf Wendischpaulsdorf,
- 12 „ beim Herrn Grafen v. Hohenthal auf Königsbrück,
- 11 „ beim Herrn Dr. Geißler auf Seitschen,
- 11 „ bei Groß-Schweidnitz,
- 6 „ beim Herrn Gerichtsdirector Advocat Rudolph auf Kleinschweidnitz,
- 5 „ bei Herrn Röttsche auf Kromlau und Wohla,
- 3 „ beim Herrn Gutsbesitzer Israel in Niedercunnersdorf,
- 2 „ bei Herrn Pachtet Martini in Niederrottenhain,
- 1 „ beim Herrn v. Alten auf Lautitz, von dem auch für die Erntezeit eine größere Anzahl Arbeiter bestellt worden ist.

Außerdem haben der Rath in Bittau, Herr Stof auf Lawalde und Herr v. Schlieben auf Friedersdorf, sowie Herr Müllermeister Hoffmann alda eine große Anzahl Weber, worüber wir später nähere Angaben machen werden, in Arbeit genommen. Auch sind zu Vertilgung von Maikäfern — pro Meße 5 Pf. — an verschiedene Gemeinden 122 Thlr. ausgegeben worden.

Die Gaben an Korn, Kartoffeln u. werden nicht unentgeltlich, sondern nur für Handarbeiten, die den einzelnen Communen zu 5 bis 6 Ngr. pr. Tag geleistet worden, an die Weber verabfolgt, und sind wir gern bereit, auch ferner dergleichen Gaben in derselben Weise zu verwenden.

Wenn die Unterbringung von Arbeitern bei der Landwirthschaft noch immer eine geringe gewesen ist, so lag dies zunächst darin, daß theils seit dem Aufhören der Eisenbahnbauten jeden Orts eine Menge arbeitslose Leute zu beschäftigen waren, theils auch die Hohe Regierung selbst die Vermittelung von Arbeit bei der Landwirthschaft unternommen hat.

Mit dieser vorläufigen Nachricht über unsere Wirksamkeit verbinden wir an alle Diejenigen, die uns in unserm Streben unterstützt haben, den wärmsten Dank und die Versicherung, daß unsere Weber für die würdige Haltung und die wahrhaft christliche Ergebung, womit sie ihr drückendes Loos tragen, die vollste Anerkennung und Achtung verdienen.

Löbau, am 29. Mai 1848.

**Der Hülfsverein für die Weberdörfer.**

Bürgermstr. Friedrich. Gerichtsdir. Fellmer.

### Verzeichniß

#### A.

der Baarenbestellungen.

- 1) Herr Friedrich Alexander Linke in Dresden, eine Parthie zwil. Handtücher.

- 2) Herr Oberamtmann Schneider auf Alt-Cunnewitz für 20 Thlr.
- 3) Herr Dr. Fr. Meurer in Dresden für 31 Thlr.
- 4) Herr Ritter u. Dekonomierath Reuning alda für 10 Thlr.
- 5) Herr Oberforstrath v. Berg für sich und mehrere Bewohner von Tharand für 157 Thlr. 7 Ngr.
- 6) eine große Parthie Leinwand zu Säcken, Wagenplanen, Handtüchern und Ueberzügen aus der Gegend von Trebsen b. Grimma.
- 7) 70 Stück rohes Garn zu Anfertigung einer Webe von Frau Gräfin zu Solms-Sonnenwalde auf Wurschen.
- 8) Herr Rittergutsbesitzer und Obercommissar Schmalz auf Mühlbach bei Großenhain zum Ankauf einer Webe 12 Thlr.

#### B.

An Unterstützungen.

- 1) Herr Demisch auf Dypeln 20 Thlr.
- 2) Herr Kreisdirector v. Könniger 10 Thlr.
- 3) Die Herrschaft und die Gemeinde Niedersohland: 4 Scheffel Korn, 8½ Scheffel Kartoffeln, 1 Meße Erbsen, 2 Thlr. baar.
- 4) Die Herrschaft und die Gemeinde Mittelsohland: 5 Scheffel Korn, 4¼ Scheffel Kartoffeln, 5 Thlr. baar.
- 5) Die Herrschaft und die Gemeinde Obersohland 4½ Scheffel Korn und 28 Ngr. 9 Pf.
- 6) Herr Reichel jun. in Oberstrawalde 3 Thlr.
- 7) Herr Oberlieutenant Graf v. Holzendorf in Grimma 1 Thlr.
- 8) Die Herren D. & H. in Neustadt-Dresden 5 Thlr.
- 9) G. P. Nr. 1 in Großenhain 1 Thlr.
- 10) Von Herrn Better & Co. in Neustadt-Dresden aus deren Sammlung für die Oberlausitz und das Erzgebirge 264 Thlr.
- 11) Vom Hülfscomité in Langhenndorf durch Herrn Pastor Steiniger daselbst, 25 Thlr.
- 12) Von Herrn Adv. Berger in Neusalz 1 Thlr.
- 13) Von Herrn Landesältesten v. Thielau 10 Thlr.
- 14) Von Herrn Schmalz jun. auf Stossen 10 Thlr.
- 15) Von Herrn August Heinze in Dolgowitz 2 Thlr.
- 16) Von Herrn Rittmeister v. Rostitz auf Wendisch-Paulsdorf 5 Thlr.
- 17) Von Herrn Secr. Edelmann in Bauzen 20 Ngr.
- 18) Von der verw. Fr. Bürgermeister F. in Neustadt-Dresden 1 Thlr.
- 19) Von Herrn Pastor Kien in Kittlitz 3 Thlr.
- 20) Von Herrn Gemeindevorstand Winderlich in Rottmarsdorf 10 Ngr.
- 21) Von dem Gemeindevorstande Schniebs in Lauba 10 Ngr.
- 22) Von dem Gemeindevorstande und Ortsrichter Pursche in Schönbach 10 Ngr.
- 23) Vom Bürgermeister Friedrich in Löbau auf die Monate April und Mai 4 Thlr.

### Die meisten Zahnschmerzen,

welche von hohlen Zähnen oder Zahnwurzeln entstehen, heilt der Zahnarzt **Sutmann.**

Dresden, Schloßgasse Nr. 24 zweite Etage.

### Ritterguts-Verpachtung.

Die Dekonomie des Rittergutes Schnaditz soll von Johannis 1849 ab auf 12 Jahre anderweit verpachtet werden. Das Gut liegt in der Mulden-Aue bei Düben, im Kreise Delitzsch, zwischen Leipzig und Wittenberg, hat 1180 Morgen Feld, 300 M. Wiesen, 30 M. Gärten, außerdem Hutung, Gräferei u. Schäferei, Ziegelei. Wirthschafts-Inventar und Gebäude sind vollständig und in gutem Stande. Pachtlustige, nicht Unterhändler, erhalten nähere Auskunft bei dem Unterzeichneten.

Schnaditz, den 31. Mai 1848.

Freitag.